

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Band: 97 (2017)

Heft: 1052

Artikel: Mehr als nur mehr Markt

Autor: Sabl, Andrew

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-736612>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mehr als nur mehr Markt

Die liberale Ideengeschichte ist ein angenehmer Luxus, solange die Kerninstitutionen der freiheitlichen Demokratie breite Unterstützung erfahren. Sind sie aber in Gefahr, ist es höchste Zeit, an ihre Entstehungsgeschichte und ihren Wert zu mahnen.

von Andrew Sabl

Die meisten Theoretiker des Liberalismus, so postuliere ich, finden das Herzstück liberaler Werte an völlig falschen Stellen. Rationalisten – man könnte sie auch moralische Puritaner nennen – beissen sich an der Legitimität und Rechtfertigung des sogenannten Staates fest und verlangen dazu nach einem Konsens, den moderne, vielfältige Gesellschaften in diesem Ausmass gar nicht erreichen können. Klassische Liberale hingegen – mit Hayek als ihrem wohl prominentesten Vertreter – beginnen zu Recht bei Individuen und ihren sehr unterschiedlichen Bedürfnissen, bei der Komplexität der Gesellschaft und der fragmentierten Natur von Information. Allerdings kommen sie zu Unrecht zum Schluss, dass nur der Markt es vermag, die Vielfalt menschlichen Strebens und Wissens zu fördern. Richtig ist, dass die uns bekannten liberalen Institutionen dies ebenfalls tun. Mehr noch: wie der Markt haben sie sich über die Jahre daraufhin entwickelt, eben genau dies zu leisten.

Um es ganz offen zu sagen: die meisten heutigen Interpretationen von Liberalismus, sei es von egalitärer oder libertärer Färbung, sind von und für Kontrollfreaks geschrieben. Ihre Autoren postulieren strenge Standards zur Beurteilung eines zwanghaften Staates – um dann, wenn diese Standards nicht erreicht werden, nach Radikalreformen oder in manchen Fällen gar nach der Revolution zu rufen.

Das schlimmste Urteil, das manch liberaler Theoretiker über einen Staat fällen kann, ist jenes, dass dieser den Ansprüchen rationaler Rechtfertigung nicht zu genügen vermöge: dass er sich erfreche, Dinge zu tun, ohne eine allen zugängliche Rechenschaft darüber abzulegen, warum diese Dinge sinnvoll – besser noch: notwendig – seien. Dabei wird als irrelevant erachtet, dass die wenigsten Mitglieder liberaler Gesellschaften überhaupt nach einer solchen Rechenschaft zu fragen geneigt sind. Die liberale Theorie ist für jene geschrieben, die dies tun, die darauf bestehen, die Begründung eines Staates hätten stets eindeutig und öffentlich verständlich zu sein. Ein auf diese Weise verstandener Liberalismus (man könnte ihn neokantianisch nennen) kümmert sich dabei allerdings kaum um die Frage, wie das Michael Freedman und andere festgestellt haben, nämlich wie es tatsächlich um die historischen Ziele liberaler Politik stehe: um Individualismus, Wahl-

freiheit und Chancen, um die Skepsis gegenüber Religion und Tradition, um die Möglichkeit, eine Vielfalt an Lebenswegen zu verfolgen.

Liberale Institutionen und menschliche Interessen

Diesem neokantianischen Liberalismus gegenüber steht Hayek. Er zeichnet das Bild einer Gesellschaft – er nennt sie Grossgesellschaft –, in der verschiedenartige Individuen allerlei unbekannten Sehnsüchten folgen; niemand wird das Endergebnis dieser Bewegungen vorhersagen, erklären oder verstehen können, und selbst wenn ihre Ziele auseinandergehen oder gar in Konflikt zueinander stehen, werden immer mehr Menschen friedlich zusammenleben und sich gegenseitig zur Höchstform verhelfen. Neokantianer richten ihr Augenmerk auf den Staat als natürlichen Ort öffentlicher und kollektiver Moral, Hayek seines auf den Markt (oder auf die Katalaxie, um den von ihm bevorzugten Begriff zu verwenden) als den Schauplatz spontaner Ordnung.

Er hielt den Markt mit seinen ständig wechselnden, sich immer weiter entwickelnden Antworten auf eine überwältigende Vielfalt von Bedürfnissen und Information als einzige und exklusiv fähig, den wahren Liberalismus zu verkörpern. Die Marktwirtschaft ist ihm eine Idealform menschlicher Diversität, der keinerlei Staatshandeln je gerecht werden könnte (ausser indirekt und ex negativo in Gestalt von lediglich allgemein gefassten Gesetzen ohne fest definierte Ziele). Sie spiegelt für ihn ausserdem die klassisch-liberale Bescheidenheit bezüglich unserer Fähigkeiten zu einem überblickenden Wissen – eine Bescheidenheit, die jede auf kollektive und öffentliche Rechtfertigung konzentrierte Theorie zwangsläufig vermissen lässt.

Hayek tat gut daran, einen schottischen statt eines kantianischen Zugangs zum Liberalismus zu wählen, sah aber zu Unrecht den Markt als einzige Verkörperung einer Grossgesellschaft. Er porträtierte die Gesellschaft zu Recht als arbeitsteilig, lag aber falsch in der Annahme, dass Arbeit nur unter Individuen geteilt werden könne und nicht auch, zusätzlich, unter Institutionen, die jede auf die ihr jeweils eigene Art dem vielfältigen menschlichen Fortkommen dienen kann. Er hatte recht damit, den Blick auf die Vielfältigkeit menschlicher Interessen zu richten, irrite aber in der



«Die meisten heutigen
Interpretationen
von Liberalismus
sind von Kontrollfreaks
geschrieben.»

Andrew Sabl

Andrew Sabl, zvg.

Haltung, dass nur handelbare Interessen von Bedeutung wären. Er hatte ebenfalls recht damit, von unbeabsichtigten Konsequenzen zu sprechen, leitete daraus aber ohne Notwendigkeit ab, dass das Ergebnis ständiger willkürlicher Evolution nicht für mangelhaft und reformbedürftig befunden werden könnte.

Die sechs Eigenschaften liberaler Institutionen

Neokantianer neigen dazu, moralische Prinzipien für umso verlässlicher zu halten, je weniger sie sich auf unsere tatsächlichen Erfahrungen zur Funktionsweise von sozialen und politischen Institutionen stützen. (Von daher röhrt ihre seltsame Begeisterung für Gedankenexperimente, ganz so, als ob unsere Intuition dann am zuverlässigsten wäre, wenn sie am wenigsten von der Realität verschmutzt wurde.) Klassische Liberale oder an ihnen orientierte Reformer nehmen keine derart scharfe Abgrenzung vor. Ganz im Gegenteil. Sie gehen von der Annahme aus, dass Institutionen verhaltensbildend sind und dass soziale Normen am besten durch die institutionelle Brille betrachtet werden.

Sie würden sagen, dass die heutigen Institutionen existieren, weil sich mit der Zeit erwiesen habe, dass sie dem menschlichen Streben im grossen und ganzen auf verschiedene Weisen nützten. Entsprechend sollten wir Umgangsformen gutheissen, die tendenziell zu ebensolchen oder ähnlichen Institutionen führen, wie wir sie heute kennen – denn wir haben Belege dafür, dass diese funktionieren. Belege, die wir nicht haben, wenn wir uns lediglich mit rein fiktiven Institutionen befassen. Stellen wir also zunächst die Frage: Was zeichnet liberale Institutionen aus? Ich will mich auf die sechs meines Erachtens wichtigsten Kriterien konzentrieren.

Modernität

Als erstes ist, natürlich den Vorwurf der Tautologie riskierend, als wichtige Eigenschaft liberaler Institutionen die Modernität zu nennen. «Modern» im etablierten Verständnis des Begriffs: eine moderne Institution muss gross und von einer gewissen Anonymität sein; sie sollte es erlauben (wie Adam Smith festhielt), dass wir auch Nutzniesser der Beiträge Fremder werden können, nicht nur jener von uns Nahestehenden. Eine moderne Institution muss darauf ausgelegt sein, Konflikte und Diversität zu managen, nicht darauf, diese wegzureden (indem etwa manche Werte als «vernünftig» bezeichnet werden und alle anderen, vielleicht sogar von der Mehrheit vertretene, als «ungehörig»). Sie muss auch einer ständigen Weiterentwicklung gegenüber offen sein, sei es durch Erkenntnisse oder Reformen innerhalb einer Gesellschaft oder auch – ein von der politischen Theorie oft vernachlässigter Weg des Lernens – durch eine Übernahme von Best Practices aus anderen Gesellschaften. Als gedankliches Vorbild kann dabei die technologische Innovation dienen – deren ständiges Ausprobieren, Verwerfen und Fortschreiten –, sicherlich aber nicht eine blinde Verehrung für «die Wege der Vorfahren».

Chancengleichheit

Moderne liberale Institutionen verdanken ihren heutigen Status ihrer Fähigkeit, allen Mitgliedern einer Gesellschaft zu dienen. Inwiefern ihnen das tatsächlich gelingt, ist unvermeidlich kontrovers und Gegenstand der politischen und sozialen Debatte. Dennoch gilt bis auf weiteres, dass die Existenz und Stabilität von Institutionen wesentlich an ebendiesem Versprechen hängt, die Interessen aller zu vertreten – nicht zufällig ist die übliche Kritik an Institutionen, dass sie manche ausschlössen oder, noch öfter, sich für die Interessen der einen wesentlich stärker einsetzen als für die anderer. Es ist allerdings so, dass dieser Einsatz grundsätzlich nur auf Zeit und mit Blick in die Zukunft erwartet werden kann: Es geht darum, dass alle Menschen auf lange Frist berechtigterweise einen substanziellen Nutzen erwarten dürfen, nicht dass ein solcher Nutzen sich stets und in jedem Fall tatsächlich materialisiert. Statt von einem Einsatz für Interessen sprechen wir darum vielleicht besser von einem Einsatz für *Chancen*, und für *gleiche Chancen* in bezug auf unser Zukunftsstreben. Chancengleichheit also – das ist der zweite wichtige Wert liberaler Institutionen.

Zweckvielfalt

Eine moderne liberale Institution fördert, drittens, eine unbeschränkte Vielzahl von Werten und Zielen, statt bestimmten den Vorzug zu geben. Dies ist eine realistischere Version der von manchen Neokantianern mit Vehemenz eingeforderten «Neutralität», die der Staat allem menschlichen Streben gegenüber einzunehmen habe. Dieses Kriterium lässt sich vergleichen mit Hayeks Haltung, dass ein Markt unbekannten Zwecken diene; es ist jedoch breiter gefasst.

Diversität

Viertens: für moderne liberale Institutionen sind Diversität und Konflikt bis zu einem gewissen Mass ein Wert an sich. Im Umgang mit Akteuren, die wirklich gefährliche Konflikte zu schüren drohen, sehen sie ihre erste Priorität darin, die Provokateure auszugrenzen und zu diskreditieren, ihren Einfluss und ihre Wirkung einzudämmen – nicht darin, Zwangsgewalt auszuüben.

Zufälligkeit

Moderne liberale Institutionen müssen, fünftens, nicht das Ergebnis eines vorgefassten Plans sein; sie müssen noch nicht einmal einem rückwirkenden Konsens entsprechen. Im Gegenteil: in der Regel entwickeln sie sich zufällig – und beweisen ihre Tauglichkeit und ihre Bedeutung erst angesichts scharfen Gegenwandes (oder, noch häufiger, angesichts schiener Ignoranz und Gleichgültigkeit).

Gelassenheit

Sozialer Streit gehört in modernen liberalen Institutionen dazu. Jede von ihnen kennt Parteien, die ihre Stellung ausbauen wollen, potenziell auf Kosten anderer. Es wäre albern zu behaupten, dass es in einer modernen liberalen Gesellschaft keine Parteien gäbe. Es ist jedoch wichtig, dass diese Parteien nicht nur die Interessen ihrer Anhänger vertragen, sondern auch die Interessen derjenigen, die sie nicht unterstützen. Dies ist die Basis für eine funktionierende Demokratie.

ten, die daraus entstehenden Konflikte seien stets fruchtbar – etwa mit einem Verweis auf die sogenannten «checks and balances» –, es ist jedoch eine wichtige Einsicht, dass es dabei nicht immer gleich existenziell wird. Ob beispielsweise manche Gebiete rein marktwirtschaftlich geregelt werden oder nicht oder ob es für etwas ein Gesetz braucht oder nicht, sind zwar interessante und auch wichtige Fragen, existenziell aber sind sie nur selten. Verschiedene Gesellschaften können dazu ihre jeweils eigenen Antworten und Wege finden und dennoch solide liberale Institutionen haben.

Der Markt – sofern er sinnvoll reguliert und insoweit von einem Wohlfahrtsstaat ergänzt ist, als dass alle Anlass zur Hoffnung haben, davon profitieren zu können – erfüllt all diese klassisch-liberalen (oder neohayekianischen) Kriterien einer liberalen Institution. Der Punkt ist nun aber: das tun auch andere wichtige moderne Institutionen.

Liberalismus: Markt, aber auch Demokratie

Es ist selbstverständlich völlig orthodoxer Hayekianismus, dass ein Rechtssystem Marktwerten nicht entgegenstehen muss. Dass es ausserdem vielfältigen individuellen Zwecken förderlich sein kann, ist ein zentraler Punkt etwa im Denken des Rechtsphilosophen Lon Fuller. Nur wenige Hayekianer aber gestehen sich ein, was dies letztlich bedeutet: dass die Rule of Law, die Herrschaft des Rechtes, selber eine für die Vielfalt unseres Strebens essenzielle Institution ist.

Dasselbe gilt auch für den Wohlfahrtsstaat. Dieser wird in der Realität bereits ziemlich umfassend daherkommen, selbst wenn er sich auf ein sogenanntes Minimum beschränkt, also darauf, offensichtliches Elend, vermeidbares Sterben und verzweifelte Zwangslagen zu beschränken – ohne jeden Anspruch, Gleichheit schaffen oder Abhängigkeiten beseitigen zu wollen. Das lässt sich heute in allen fortgeschrittenen Demokratien feststellen. Wir sollten den

Wohlfahrtsstaat aber anerkennen als das, was er ist: ein mächtiger, wichtiger Partner des Marktes, nicht lediglich eine Fussnote dazu.

Die von unterschiedlichen Parteien geprägte, repräsentative Demokratie ähnelt auch dem Markt. Sie aggregiert eine ganze Bandbreite an Meinungen, Interessen und unterschiedlichen Informationsquellen; sie durchbricht immer wieder die Absichten der aktuell mächtigsten Akteure und zwingt diese damit dazu, sich neu auszurichten und den Bedürfnissen der Bürger anzupassen, statt diesen etwas aufzuzwingen, sie dient potenziell den Interessen jedes einzelnen, ohne sich bewusst und spezifisch für einen einzelnen einzusetzen.

Nicht zuletzt fördert das Regime der freien Meinungsäusserung unvorhersehbare Interessen und Ziele, genau wie der Markt. Es teilt auch dessen zufällig entstandene, spontane und oft kontraintuitive Natur. Wie alle, die die Geschichte dieser Werte studiert haben, sehr gut wissen, hielt man die Rechte auf freie Religionsausübung und Meinungsäusserung einst ebenso für gefährlich – angesichts der damals als offensichtlich empfundenen Loyalitätspflicht gegenüber Autoritäten –, wie man den freien Markt für gefährlich hielt, weil doch schliesslich nach damaliger Überzeugung Preise auf «fairem» Niveau fixiert und die Goldlager stets gefüllt gehalten werden mussten.

Der Markt, mit anderen Worten, ist nicht einzigartig. Auch die Demokratie, die Herrschaft des Rechts, der Wohlfahrtsstaat oder das Prinzip der freien Meinungsäusserung – und diese Liste ist nicht abschliessend – sind dazu geeignet, unter dem Strich eine unbestimmte Vielzahl von Zielen zu fördern und die Interessen aller voranzubringen. Dies, obwohl wir in jedem dieser Fälle möglicherweise zunächst und intuitiv davon ausgegangen wären, dass sie das wahrscheinlich eher nicht tun.

Der Staat ist nichts Besonderes

Ebenso aber lässt sich nach vorangegangener Argumentation ein anderes wichtiges Fazit ziehen: auch der Staat ist nicht einzigartig. Aus klassisch-liberaler Perspektive ist ein Staat nichts Besonderes (er ist *nicht*, wie manche gar sagen würden). Wir können natürlich den Begriff «der Staat» als Bezeichnung für eine bestimmte Institution benutzen, die den Interessen aller dienen soll, etwa für einen Verwaltungsapparat, der öffentliche Güter kompetent und unparteiisch zur Verfügung stellt – wobei wir dann vielleicht tatsächlich eher von «der Verwaltung» sprechen sollten, um nüchtern und präzise zu sein. Die klassisch-liberale Perspektive aber kennt keinen «Staat» als Projektionsfläche für eine kollektive Identität und normative Werte, keine Einheit, die im Namen von uns allen handelt, als wäre sie eine Person, und die unsere Hochachtung verdient, als wäre sie unser Väterchen.

Diese Weigerung, den Staat zu einem klaren Objekt zu machen, steht im Widerspruch zu gängigen polittheoretischen Definitionen von Demokratie – selbst den hochpragmatischen darunter. Die meisten Demokratietheoretiker können es nicht lassen, den demokratischen Staat (oder, populistisch, «die Demokratie»)

In Kürze

Wer nur den Markt als liberale Institution anerkennt, wird der liberalen Ideengeschichte nicht gerecht. Ebenso, wer den Staat verklärt und als einigend überhöht.

Stattdessen kann ein hayekianischer Ansatz hilfreich sein, der den Rechtsstaat als eine moderne Institution versteht, die – falls gut designt – der Vielfalt individuellen Strebens dient.

Diese Argumentation ermuntert zu einem nüchternen Umgang mit allen liberalen Institutionen: Sie sind Instrumente, nicht Heilsbringer, und sie können auch durch andere, bessere ersetzt werden. (oku)

als eine Art gemeinsam getragene, bewusste Einheit zu zeichnen, deren Pflicht es ist, sich im Sinne des Allgemeinguts zu äussern und im Zweifelsfall als letzte Instanz Konflikte zwischen anderen Institutionen aufzulösen. Doch es gibt diese bewusste Einheit nicht, und es gibt auch keine solche Pflicht. Wie David Hume behauptet hat, anerkennen wir staatliche Autorität aus demselben Grund, aus dem wir Eigentumsrechte respektieren: weil wir der Überzeugung sind, dass diese Institutionen uns weiterbringen. Es gibt keinerlei Verpflichtung, einem Brauch zu folgen, der nicht mehr länger nützlich ist. Dies mag sich nun nach einer «staatsfeindlichen» Haltung anhören. Aber auch darum geht es nicht.

Hält diese Argumentation stand, so verlieren sowohl der Staat selber als auch eine hitzige, übermässige Furcht vor diesem Staat an Bedeutung – weil sie aufzeigt, dass dem Thema staatliche Zwangsgewalt eine viel kleinere Rolle zukommt als gemeinhin angenommen. Das Ausüben von Zwang gehört nicht zu den interessantesten Tätigkeiten eines Staates und die Unterscheidung zwischen «legitimer» und «illegitimer» Gewalt nicht zu den interessantesten Gebieten der politischen Theorie. Staaten mögen wohl das Recht auf Gewaltanwendung monopolisieren (eine Doktrin, die auf Weber zurückgeht und umstrittener ist, als es scheinen mag). Sie verlieren jedoch sehr rasch ihre Legitimität, wenn sie ständig Zwang ausüben. Die Autorität von liberalen Institutionen und Praktiken baut nicht auf Gewalt, sondern auf eine Vereinbarung, und diese Vereinbarung baut wiederum auf die Überzeugung, dass sie insgesamt vorteilhaft sind, weil sie einigermassen gut funktionieren. Dass manche dieser Institutionen ganz zuletzt mit der Möglichkeit zur Zwangsgewalt abgestützt sind, ist kein herausragend wichtiger Punkt: Menschen halten sich einigermassen an das Gesetz nicht aus Angst, mit einer vor das Gesicht gehaltenen Pistole ins Gefängnis zu wandern, sondern weil sie dafür ökonomisch, sozial und auch innerlich einen hohen Preis bezahlen – ähnlich wie wenn sie ihren Chef hintergehen oder ein Versprechen brechen würden.

Ein nüchterner Umgang mit nichtmarktlichen Institutionen

Aus all diesen Überlegungen folgt ein Zugang zu liberalen Institutionen – man könnte ihn «realistisch» nennen, aber es geht um die Sache, nicht um das Etikett –, der weder marktfeindlich noch staatsfeindlich ist, sondern sich primär gegen Mystifizierung stellt. Viele Institutionen sind potenziell nützlich; keine ist als einzige nützlich. Vor allem aber: keine funktioniert einfach so und automatisch perfekt. Alle unsere Institutionen funktionieren einigermassen gut, weil sie sich sonst nicht entwickelt und nicht überdauert hätten; sie nützen unter dem Strich allen. Doch jede soziale Institution lässt manche mehr profitieren als andere, und das nicht zufällig und vorübergehend, sondern dauerhaft. Der Grund dafür ist, dass Institutionen Machtunterschiede in der Gesellschaft spiegeln und verfestigen.

Man kann diese Situation nun unterschiedlich beschreiben. Liberale oder Libertäre betonen gerne die Tatsache, dass unsere

Institutionen unter dem Strich allen nützen; Linke oder Reformer weisen darauf hin, dass sie dies verzerrt täten (oder, in populistischer Sprache, «gezinkt» oder «manipuliert» seien). Beide haben recht. Wir tun uns bloss aus irgendeinem Grund psychologisch schwer damit, beides gleichzeitig im Kopf zu behalten.

Warum scheint es mir so wichtig, nichtmarktliche liberale Institutionen auf eine Weise zu betrachten, die viele als hayekianisch bezeichnen würden? Man muss schliesslich damit rechnen, damit alle rundum zu verärgern. Manche Libertäre werden das als Beleidigung gegen den grossen Vordenker des Marktes sehen, manche Linksliberale als Angriff auf die moralische Würde des Staates, Konservative – diejenigen, die bis zu diesem Punkt nicht längst ausgestiegen sind – als beides.

Eine Antwort darauf ist die, dass ich diese Theorie ganz einfach für wahr halte: für formal präzise und inhaltlich gültig. Darüber hinaus glaube ich jedoch auch, dass es uns ideologisch tatsächlich weiterbringen kann, liberale Institutionen auf diese Weise zu betrachten.

Die erstaunliche Vielfalt unserer Träume

Hayekianische Einsichten gewinnen an Attraktivität, wenn sie nicht immer nur als Plädoyer von Leuten daherkommen, die allen Grund dazu haben, den Markt als allen anderen Institutionen überlegen darzustellen: also von Vermögenden und von Menschen, deren Können und Persönlichkeit sie dazu prädestiniert, vom Markt besonders üppig belohnt zu werden. Nicht jeder Mensch ist ausgerüstet, um viel Geld zu verdienen, und nicht jeder Mensch findet darin einen Lebenssinn. Die Akzeptanz des Marktes als eine äusserst wertvolle Institution wird weiterum steigen, wenn zugestanden wird, dass es daneben noch andere wichtige Institutionen gibt. Man könnte sogar behaupten, dass Hayek selbst dies tat, indem er das Recht und den Wohlfahrtsstaat anerkannte. Es ist jedoch an der Zeit für einen Einsatz mit etwas mehr Systematik und Überzeugungskraft.

Gleichzeitig täten Reformer gut daran, ihre Forderungen nicht auf abstruse Argumentationen zu stützen, die nur bei Erbsenzählern verfangen; bei der kleinen Minderheit von Menschen also, die immer von allem ganz genau die Ursache und Wirkung vorgerechnet haben wollen. Der Wert der liberalen Institutionen ist grösser als das und universell. Er ist dazu da, dass alle Menschen nach dem streben können, was sie wollen – was auch immer das ist, solange sie nicht diese Institutionen an sich abschaffen wollen.

Ein Liberalismus, der rationalistisch argumentiert, ist – paradoxerweise, aber unvermeidlich – verwandt mit Populismus. Dies darum, weil Populisten wie Rationalisten etwas beschwören – die Nation, die Klasse oder eben die Vernunft –, das angeblich einen gemeinsamen Boden schafft, ein gemeinsames Bekenntnis, das uns zusammenkittet und es uns auferlegt, die Verräter oder Unvernünftigen ständig zu rügen.

Ein realistischer Liberalismus, näher an Hayek, ist das Gegen teil von populistisch. Hayek mochte den Begriff «Katallaxie» unter

anderem deswegen, weil eine Interpretation davon im Griechischen bedeutet, «Feinde in Freunde zu verwandeln». Die liberale Methode ist der gegenseitige Vorteil. Der wahre Wert liberaler Institutionen liegt nicht darin, dass sie eine einzige Art von Gerechtigkeit fördern, auf die wir uns alle gemeinsam einigen, sondern darin, dass sie die unterschiedlichen und allenfalls einander gegenläufigen Ziele von Individuen respektieren, die sich über Gerechtigkeit nicht einig sind (und auch sonst nicht über viel).

Man könnte es auch auf andere, möglicherweise überraschende Weise ausdrücken: ein realistischer Liberalismus kommt dem Ethos moderner Romane sehr nahe: der Verblüffung über die Unvermittelbarkeit unserer Subjektivität, der Überzeugung, dass jede Psyche (um eine Figur aus Marilynne Robinsons «Gilead» zu zitieren) ein Stück Zivilisation in sich trägt. Wir sind bereits von Natur aus unterschiedlich, unsere soziale und politische Entwicklung macht uns noch unterschiedlicher. Je weiter weg wir uns von gewalttätiger Anarchie bewegen, und damit von einem kargen Überlebenskampf, desto weniger ähneln wir uns. Meine Sehnsüchte werden Sie nicht mitreissen, meine Vorstellung von einer Gesellschaft Sie nicht inspirieren; was mich an Begründungen für eine politische Massnahme überzeugt, wird Sie nicht überzeugen.

Liberale Institutionen werden diesen fragmentierten Zustand nicht zu leugnen versuchen und ihn auch nicht ändern wollen. Im Gegenteil: sie werden ihn nutzen und ihn tendenziell sogar feiern. Das wahre liberale Motto ist nicht «...dass uns die Vernunft leite» – wir gehen von zu unterschiedlichen Annahmen aus, als dass wir uns je einigen würden –, sondern «möge jeder Mensch seinen Träumen folgen». Man könnte liberale Institutionen durchaus als Institutionen definieren, die die Wahrscheinlichkeit mindern, dass sich die unterschiedlichen Träume von Menschen in Albträume verwandeln. Wichtig aber ist dies: Institutionen sind, für die meisten Menschen in den meisten Zeiten, lediglich *Instrumente*. Sie schaffen nicht die Träume von Individuen, sie verkörpern sie nicht und sie sind auch nicht für deren Umsetzung zuständig. Wir sollten aufhören zu behaupten, dass sie das tun, und aufhören, uns zu beschweren, wenn sie das nicht tun. ◀

Der vorliegende Aufsatz ist eine für den «Schweizer Monat» bearbeitete Version einer Publikation des Niskanen Center. <https://niskanencenter.org/blog/liberalism-beyond-markets/>

Übersetzt und bearbeitet von Olivia Kühni.

Andrew Sabl

lehrt politische Ideengeschichte und Ethik an der Yale University. Der Politikwissenschaftler ist Autor mehrerer Artikel und zweier Bücher, darunter «Hume's Politics: Coordination and Crisis in the History of England».

110

Zahl des Monats

Jahre sind vergangen, seit die Schweizerische Notenbank im Juni 1907 ihre Tätigkeit aufnahm. Damit ist die Zentralbank der Schweiz älter als das 1913 gegründete Federal Reserve System der USA, sie entstand aber deutlich später als Zentralbanken in Frankreich, Deutschland oder England. Immer wieder liest man, Zentralbanken seien ein Garant für Stabilität – die Schweizer Bankengeschichte lässt auch eine andere Lesart zu: Schon seit den 1820er Jahren gaben bisweilen über 30 Banken im Wettbewerb miteinander Noten aus und unterlagen dabei je nach Kanton keiner oder nur einer schwachen bankenspezifischen Regulierung. Private Banken wie die «Bank in Zürich» und kantonale oder städtische Banken wie die Depositorkasse der Stadt Bern und die Kantonalbank von Bern emittierten ab 1850 zwar im gesamten Bundesstaat ausschliesslich auf Schweizer Franken lautende Banknoten. Als Emittenten waren sie den Haltern der Noten bei Vorlage jedoch individuell zur Herausgabe entsprechender Mengen an Gold oder Silber verpflichtet. Die Konvertierbarkeit in Edelmetalle disziplinierte die Banken, im Zuge von Kreditgeschäften nicht zu viele der von ihnen unterzeichneten Noten in Umlauf zu bringen. Ein 1881 verabschiedetes Bundesgesetz enthielt erstmals weitreichende bankenspezifische Regulierungen und kann als Endpunkt des «Free-Bankings» in der Schweiz betrachtet werden – gleichwohl gaben Banken weiterhin im Wettbewerb miteinander Noten aus. Bis ins Jahr 1907 gingen nur zwei Schweizer Banken pleite, zwei weitere Institute erlebten «Bank Runs», aber nie mussten Halter von Banknoten Verluste hinnehmen. Verlässlichkeit, Stabilität und Sicherheit sind also im Schweizer Bankwesen alles andere als neue Erfindungen – und mit der Gründung einer Zentralbank haben sie auch nicht zwingend zu tun.

Alexander Fink arbeitet am Institut für Wirtschaftspolitik der Universität Leipzig und ist Senior Fellow am Institute for Research in Economic and Fiscal Issues – IREF.